



Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 15.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Erschließung: Hamburg 29,
Claus-Großstraße 1. Herauspr. S. 6246.

Hamburg, den 14. April 1917

Anzeigen kosten die flächenhaltene Norm
pro Zeile oder deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzuführen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

31. Jahrg.

Auf zur Frühjahrsagitation für unsern Verband!

Das Frühjahr war stets die Zeit eifrigster und erfolgreichster Werbetätigkeit zur Gewinnung neuer Mitglieder für unseren Verband. Da wurde der in Winter ganz naturgemäß eingetretene Mitgliederrückgang wieder ausgeglichen, junge gewerbliche Nachwuchs und die vom Gedanken der Organisation noch erfassten Berufsangehörigen wurden durchgemustert und zu Hunderten und Tausenden neu gewonnen. In Versammlungen und Besprechungen, von Haus zu Haus und auf den Arbeitsstätten wurde durch schriftliche und mündliche Aufklärung gemacht; frisches Leben zog durch unsere Reihen und schwollte das Herz aller, die sich an dieser nützlichen Organisationsarbeit beteiligten.

Nun hindert uns der furchterliche Kriegszustand schon zum dritten Male, diese für unsere Werbetätigkeit günstigsten Wochen und Monate auszicht auf größere, in die Augen springende Erfolge auszunutzen. Etwa 50 000 Mitglieder unseres Verbandes, wie vor dem Kriege, von einem großer Teil zudem aus ihrem Berufe in die verschiedensten Industrien und Betriebe hineingetrieben wurde, können jetzt noch für die Ausbreitung unserer Idee und für die Gewinnung neuer Mitglieder eintreten. — Nicht weniger als 28 517 oder 60,4% vom Hundert unserer Mitglieder vom 1. August 1914 an gegenwärtig, durch die Schranken ihres Militärverhältnisses von uns getrennt, teils tief in Feindesland, teils an weit entlegenen Fronten der mit Deutschland verbündeten Mächte. Und die bisher vom Militärdienst frei blieben, stark unter den schlimmen wirtschaftlichen Folgen des Krieges oder unter seelischen Druck, den die Sorge und der Schmerz um die Leibern und den Tod lieber Angehörigen und Berufsgenossen erzeugen. Das mindert die Widerstandskraft so manchen braven Mitspielers, das treibt sie der Gleichgültigkeit und sogar Untätigkeit zu.

Dazu kommt, daß auch unsere Filialverwaltungen, die Grundpfeiler des Organisationsgebäudes, durch den Krieg zum größten Teil geschwächt, fast ganz aufgerieben wurden und nicht selten mit völlig neuen Kräften besetzt werden mußten. In manchen Fällen verkehren erfreulicherweise Frauen der eingeschlagenen Kollegen den Dienst für unsere Organisation.

Auch die Lage unseres Berufes ist höchst ungünstig für unsere Werbetätigkeit. Das Malergewerbe zieht infolge des Mangels an Aufträgen und Material verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte an, und in den Betrieben der Kriegsindustrie, wo unsere Kollegen zurzeit entweder als Maler, Lackierer, Anstreicher außerhalb ihres Berufes arbeiten, sind sie zu zerstreut oder zu unregelmäßig beschäftigt; teils sehen sie dies alles auch nur als eine Übergangsperiode an, die die Organisationszugehörigkeit erfordert, teils lädt der Gedanke an die bevorstehende Einberufung zum Militär ihre Entschlusskraft. Und die Reklamierten, erlaubten und abkommandierten stehen geistig zu stark unter dem Einfluß der Kriegsverhältnisse.

Doch so erheblich auch die Widerstände sind, die unserer Agitierarbeit in diesem dritten Kriegsfrühjahr entgegenstehen, so unumgänglich ist die unermüdliche Tätigkeit aller, denen die geistige und seelischen Erstörungen den Glauben an die unbedingte Werdigkeit unserer jetzt und in Zukunft große Erfolge versprechenden Werktätigkeit nicht raubten.

Gerade jetzt müssen alle Berufscollegen, die wenigstens von Strapazen und Lebensgefahren des Kriegsdienstes verschont waren, ihre ganze Kraft einsetzen, damit unserm Verband, der so oft seine organisatorische Widerstandsfähigkeit bewies, noch gleichgültig stehenden Berufsgenossen zugeschaut werden.

Die Aufgaben, vor die sich unser Verband wie alle wirtschaftlichen Organisationen des Arbeiters seit Kriegsbeginn gestellt sahen, sind, gemessen an den Verhältnissen der Friedenszeit, riesengroß. Dem zuerst erforderlichen Kampfe gegen Arbeitslosigkeit und die drohende allgemeine soziale Notlage, den wir durch seitige Maßnahmen nach außen und große Ausgaben für Unterstützungen der verschiedensten Art führten, ist der Kampf unserer Gewerkschaften gegen die im Laufe der Zeit aufgetretene Knappheit und unerhörte Teuerung besonders der Lebensmittel gewichen.

Dieser Kampf erfordert weit mehr organisatorische Kraft und persönliche Leistungen der im Vordergrunde unserer Bewegung stehenden Personen als meiste Arbeit und Gewerkschaftsgenossen gegenwärtig schon erkennen können. Wir würden weit schlimmere Zustände ertragen müssen, hätten wir

uns ausgeschaltet bei dieser bedeutsamen und — weil die erzielten Erfolge gar nicht bestimmt nachzuweisen sind — sehr unabhängigen sozialen Hilfsarbeit, die verhindern soll, daß die Lebenslage breiter Volkschichten tiefer hinunter sinkt auf den Stand von vor Jahrzehnten.

Auch daß wir neben dem Bemühen, dem Lebensmittelwucher und seinen Folgen zu begegnen, die Tarifverträge sicherten und die Löhne durch Teuerungs-Zulagen zu erhöhen trachteten, hat segensreich gewirkt. Und was die Organisation als solche nicht allein vermochte, hat die Initiative der einzelnen, durch die Schule unseres Verbandes gegangenen Kollegen durchsetzen ver sucht.

Auch den unglücklichsten Opfern des Krieges, unsern Kriegsbeschädigten, mußte beigesprungen werden. Das geschah durch eine Reihe besonderer Maßnahmen und Einrichtungen, an denen jetzt unsere Filialverwaltungen teils selbstständig, teils mit den Arbeitgebern gemeinsam, oder in allgemeinen Fürsorgeorganisationen in aller Stille regen Anteil nehmen.

Wir bekämpften neuauftauchende Materialien, die der Mangel an gewissen Rohstoffen auf den Markt trieb, soweit sie die Gesundheit unserer Kollegen bedrohen, und zwar mit Erfolg, wie später von uns nachgewiesen werden wird.

Wir wirkten ferner gemeinsam mit den Organisationen unserer Arbeitgeber für die allgemeine Haltung unseres Berufes, um so die Grundlage für später ausreichende und gut bezahlte Arbeit vorzubereiten. Die vereinbarten Richtlinien für die Gemeinschaftsarbeit unserer beiderseitigen Organisationen haben uns vor ganz neue, bedeutsame wirtschaftliche und berufliche Aufgaben gestellt, denen wir uns mit allem Eifer widmen werden. Auch Schritte zur besseren Leitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft im Interesse unseres Gewerbes und unserer Kollegenschaft haben wir bereits unternommen.

Neben diesen allgemeinen sozialen Maßnahmen erfüllte unser Verband aber auch seine statutarischen finanziellen Pflichten. Und seine Kassenverhältnisse sind heute trotzdem und trotz geringem Mitgliederbestand mindestens ebenso günstig wie bei Kriegsausbruch. Mag kommen, was da will: wir werden finanziell gerüstet bleiben für die an uns während und nach dem Kriege gestellten Ansprüche. Erforderlich ist nur, daß alle der Organisation angehörenden Kollegen ihrer Beitragspflicht auch ferner genügen und soviel als möglich neue Streiter werben.

Unser Verband vermochte seit Beginn des Krieges bis zum Schluss des Vorjahres auszugeben unter anderm für Arbeitslosenunterstützung M. 189 398 und für Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer M. 200 735. Für Unterstützungen aller Art, einschließlich Kranken- und Sterbenunterstützung, war er in der Lage, M. 587 261 auszuwenden.

Zu Zehntausenden geht unser „Verbands-Anzeiger“ allwochentlich ins Feld. Tausende Zuschriften zeugen davon, wie das von uns Mitgliedern begrüßt wird und wie diese Tätigkeit das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Kriegsteilnehmer mit unserer Organisation stärkt.

Der unselige Parteistreit, der nun schon monatelang tobt, blieb zunächst unserer Organisation fern. Darum konnten auch wir bisher in der Reserve bleiben. Doch wo man versucht, die gewerkschaftliche Tätigkeit zugunsten einer praktisch auf anarchistisch-syndikalistische Bestrebungen hinauslaufende, gegen die Lebensinteressen unseres Landes und gegen die deutsche Arbeiterschaft gerichtete Politik zu bekämpfen, sagten wir, was pflichtgemäß von uns dazu zu sagen war. Auch allen Zersplitterungsbestrebungen in dem politischen und gewerkschaftlichen Teile der Arbeiterbewegung wirkten wir tatkräftig entgegen.

Erneut stehen wir inmitten einer Bewegung zu einer weiteren Teuerungs-Zulage für unsere Kollegen. Und wir werden diese, gestützt auf die besonderen Kriegsverhältnisse, nach besten Kräften so erfolgreich wie möglich zu Ende führen.

So groß auch die Aufgaben sind, die wir jetzt unausgesetzt zu erfüllen haben; noch größere Aufgaben wird die nächste Zukunft der Friedensschluß bringen. Daher ist es Ehrenpflicht aller Kollegen, die vom Kriegsdienst verschont blieben, für unsern Verband zu wirken.

Darum auf, Kollegen, zur Arbeit für unsere Organisation! Agiert und organisiert während der kommenden Frühjahrswochen! Werbt neue Mitglieder für den Verband! Wenn das tatkräftig geschieht, dann werden wir alle jetzt und in Zukunft an uns noch herantretenden Aufgaben ohne weiteres lösen können.

Um eine weitere Teuerungszulage in unserem Gewerbe.

Daß die im Januar vorigen Jahres durch die Mitwirkung des Reichsamts des Innern für das Malergewerbe festgestellte Teuerungszulage in Höhe von 5 und 8 % für die Stunde sein auch nur einigermaßen ausreichender Ausgleich für die schon damals ganz bedeutende Teuerung, insbesondere der Lebensmittel, war, haben wir seinerzeit sofort zum Ausdruck gebracht. Unsere Generalversammlung stimmte den Vereinbarungen denn auch nur zu, weil sie die schiede Lage unseres Gewerbes in vollem Maße würdigte, und weil darum ein Drud auf eine weitergehende Bevolligungsbereitschaft unserer Arbeitgeber ausgeschlossen erschien musste. Vor allem glaubte aber zu Beginn des Jahres 1916 niemand - auch nicht die Vertreter des Reichsamtes des Innern ernsthaft daran, daß der Krieg noch über dieses Jahr hinaus andauern würde. Darum fand man sich auch mit der trotz unseres entschiedenen Einspruches festgestellten Bedingung ab, daß, wenn „bis zum 31. Dezember 1916 mit einer der jetzt mit Deutschland im Kriege befindlichen europäischen Großmächte noch kein Friede geschlossen sei“, die Vereinbarungen bis zum 15. Februar 1917 weiterlaufen sollten.

Am Verlaufe vorjähriges Jahres zeigte es sich nun, daß ein Ende des Krieges noch nicht abzusehen ist; vor allem aber liegt die Teuerung zu erschreckender Höhe an, so daß sich die meisten andern Gewerbe wiederholzt zu höheren Teuerungszulagen bereitfinden und die Industrie Löhne zahlt, die vielfach mehr als doppelt so hoch als im Malergewerbe waren. Das veranlaßte viele unserer Kollegen, nach dort abzuwandern. Jeder Berufsschöpflinge dem die Zukunft unseres Gewerbes nicht gleichgültig ist, muß deshalb besorgt sein, daß dieses Abstromen meist gerade der leistungsfähigsten und passungsfähigsten Arbeitskräfte nicht unvermindert weitergeht und später die nachteiligsten Folgen, besonders für die Arbeitgeber unseres Gewerbes hat. Aber auch aus allgemeinen sozialen Gründen mußte dieser Zustand einige Bedenken erregen und den Wunsch erzeugen, daß die Einkommensverhältnisse unserer Kollegen wenigstens einigermaßen mit den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen in Einklang gebracht würden.

Darum regte der Vorstand unseres Verbandes in Übereinstellung mit den übrigen Gehilfenorganisationen bei Gelegenheit der Beratungen über die Richtlinien zu der Gemeinschaftsarbeit der Arbeitgeber- und Gehilfenorganisationen im November vorigen Jahres an, daß bei aller Anerkennung der weiteren Gültigkeit der bestehenden Vereinbarungen doch Stellung zu einer besonderen Zulage genommen werden möge. Die Arbeitgebervertreter nahmen diese Anregung, zunächst ohne sich dazu näher zu äußern, entgegen und haben sich dann in ihrem Vorstand mit der Angelegenheit beschäftigt. Anfang Februar regten wir die Sache erneut an, und am 18. Februar unterbreiteten wir unsere Wünsche mündlich Herrn Ministerialdirektor Dr. Gippert. Auch hier betonten wir wieder, daß die vorjährige Vereinbarung bestehen bleiben und lediglich wegen der ganz außergewöhnlichen und von niemand vorauszusehenden Verhältnisse durch eine neue, freiwillige doch die beiderseitigen Verbände ergänzt werden sollte.

Hierauf ist auf dringende Befürwortung des Vertreters des Reichsamts des Innern und die von diesem gegebene Erläuterung hin, daß er bei den in Betracht kommenden Bedörden für eine entsprechende Erhöhung der Preise für Malerarbeiten eintreten werde, vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes zugesagt worden, daß er bei seinen Gau- und Kreisverbänden für eine nochmalige Teuerungszulage bis zur doppelten Höhe der vorjährigen wirken werde.

Neben das Resultat dieser Bemühungen liegen offizielle Mitteilungen erst aus dem Gau Norddeutschland des Arbeitgeberverbandes vor. Danach wurde dort beschlossen, zu den sozialen Zulagen zu zahlen: in Bremen, Hamburg, Altona, Elbörster, Wandsbek, Wilhelmsburg 9 % und in einer Reihe kleinerer Städte 7 und 5 %. Hannover zahlt 13 %. Bis auf einen Auswärtigen des Arbeitgeberverbandes, der für eine zentrale Regelung ist, haben sich alle für eine weitere Teuerungszulage ausgesprochen.

Auch die Zeitung des Bundes deutscher Dekorationsmeister hat sich entschieden für die Notwendigkeit einer nochmaligen erhöhten Zulage erklärt.

Wir werden über den weiteren Fortgang der Anstrengungen in den nächsten Nummern des „Vereins-Anzeiger“ berichten.

Leistungen der Heimat für das Feldheer.

Der Krieg ist der Grunditz: Ein das Heer, dann die Verteidigung. Welche Menge Nahrungsmittei über uns über bedarf, und welche Erfordernisse die Zufuhr dieser Nahrungsmittei an unser Belebtheit weisen sollt, setzen geben die kreisfreien Kreise keine rechte Verteilung. Sie geben darüber ein Bild. Diese Zahlen zeigen uns aber auch gleichzeitig, daß der Bedarf für das Heer mit der Teuerung des Krieges fortgezogen gewachsen ist und noch wächst.

Im ersten Kriegsjahr, also vom 1. August 1914 bis Ende Juli 1915 wurden ins Feld gesandt: 388 689 t Brotmehl, im zweiten Kriegsjahr, von Anfang August 1915 bis Ende Juli 1916 dagegen 705 000 t. Das Speisemehl ist dabei nicht einbezogen. Dazu kommen noch in den ersten beiden Kriegsjahren 40 375 t Butterbad, die aus der Heimat nachgeführt wurden. Fleisch und Fleischkonserve, ausschließlich lebendes Fleisch, und Fleischkonserve wurden nachgeführt im ersten Kriegsjahr 94 985 t (im zweiten Kriegsjahr 159 170 t), Salzheringe 107 t (18 085 t). Dazu kommen noch große Mengen frische, Salz- und Räucherfische. Meis 17 108 t (28 881 t), Graupen 8116 t (16 598 t), Grütze 8892 t (11 177 t), Orts 3872 t (10 820 t), Erbsen und Bohnen 33 028 t (39 107 t), Nudeln 8153 t (21 889 t), Backobst 8189 t (16 027 t), Sauerkohl 15 655 t (20 146 t), Gemüse (frisches, konserviert, Schnittbohnen) 81 803 t (45 866 t), Kartoffeln, ausschließlich Kartoffelsoden und Dörrkartoffeln 30 657 t (246 120 t), Rübe 22 289 t (85 664 t), Butter und Schmalz 20 038 t (31 008 t), Marmelade 5731 t (16 410 t), Rosée, Tee und Kakao 28 742 t (54 481 t), Zucker 19 556 t (51 117 t), Gewürz (Salz, Pfeffer, Kümmel, Senf usw.) 28 022 t (80 887 t). Daneben wurden noch große Mengen Linsen, Hafer- und Gersteflocken, Grünkern, Zucco, Hirse, Wurstsalzen usw. für das Feldheer benötigt. Im ersten Jahre gingen allein an Zigarren 1 401 578 000 (im zweiten Kriegsjahr 2 767 850 000) und an Zigaretten 1 418 388 000 (2 740 778 000), also insgesamt in den ersten beiden Jahren beinahe 8½ Milliarden Zigaretten und Zigaretten an die Front. Dazu kommen in den ersten beiden Jahren rund 9000 t Rauch-, Kau- und Schnupftabak. Daneben bekam unser Feldheer an Getränken (Wein, Fruchtsäfte, Mineralwasser, Rum, Kognak) 668 472 hl im gleichen Zeitraum aus der Heimat. Das Bier ist in diese Zahl nicht eingerechnet. Außerdem wurden 980 984 Münzen, 573 321 Hammel und 1 036 159 Schweine dem Feldheer aus der Heimat zur Verfügung gestellt.

In Kind- und Schweinfleisch benötigten Heer und Marine im ersten Vierteljahr 1916 drei Fünftel der Gesamtmenge, die insgesamt der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden konnten. Weiter begibt das Heer etwa 30 % des Brotgetreides, das insgesamt der versorgungsberechtigten Bevölkerung verabfolgt werden konnte.

Rechnen wir hierzu noch in den ersten beiden Jahren einen Nachschub von über 3000 000 t Hafer und beinahe 2 000 000 t Getreideuntermittel und Stroh, dann können wir etwa ermessen, was für Transportmittel dafür erforderlich sind.

Es wird uns noch klarer zum Bewußtsein kommen, wenn wir feststellen, daß zum Transport der gesamten Mengen (ohne das lebende Vieh und die 8½ Milliarden Zigaretten und Zigaretten) allein 900 000 Eisenbahnwaggons notwendig wären.

Neben den Verpflegungsmitteln bedarf aber das Heer noch ungeheure Mengen Geschütze, Geschosse, Eisen, Holz, Stacheldraht, Ausrüstungsgegenstände und dergleichen. Das Auswechseln von Truppen, das Umtransportieren der Kranken und Verwundeten, der Nachschub neuer Truppen nimmt unsere Verkehrsmittel in einem fortgesetzten steigenden Maße in Anspruch, so daß es zu verstehen ist, wenn Stodungen im Rücken und damit Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung eintreten. Im ersten Kriegsjahr hatten wir ein Gebiet von mit 540 000 Quadratkilometern zu befahren, dagegen jetzt mit dem besetzten Gebiet etwa eine Million Quadratkilometer.

Diese Zahlen beweisen aber nicht nur, welche Anforderungen an die Transportmittel gestellt werden, sondern auch welche riesigen Mengen von Nahrungsmitteln dem Heere aus dem Lande zugeführt werden. Dabei sind die großen Mengen Marinetreibwaren und was in Form von Viehessensgabenpaketen dem Heere zugeht, nicht einmal gerechnet. Genauso das nicht, was die Truppen aus dem eigenen besetzten Gebiet beziehen. Im dritten Kriegsjahr sind die Ziffern noch gewachsen. Und daß das Heer auch für die Zukunft vorjagen und Vorräte als Reserven aufspeichern muß, leuchtet sicherlich jedem ein. Diese Gesamtzusammenhänge müssen beachtet und bei der Betrachtung der Verhältnisse in der Heimat mit in Rechnung gestellt werden. Denn wird man nicht nur vieles besser begreifen und verstehen, sondern es wird auch den breitesten Schichten klar, was die Heimat für das Feldheer leistet.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz erhielten die Kollegen Gustav Greif, Georg Böcker und Heinrich Bergbäcker, die Hessische Tapferkeitsmedaille der Kollege August Brand, sämtlich Mitglieder der Filiale Marburg.

Aus unserem Beruf.

Der Kriegsausschuk für das Baumgewerbe in Berlin lagte am Donnerstag, 29. März. Unter den dort verhandelten Fällen waren auch zwei aus dem Malerberuf zu erledigen.

Der erste Fall betrifft einen Kollegen, der vom Arbeitgeber den Abfehlschein forderte, weil ihm ein Stundenlohn von 90 % versprochen war, ihm aber nur 84 % gezahlt wurden. Der Arbeitgeber war der Ansicht, daß in den 90 % Stundenlohn der Kriegsausschlag von 8 % enthalten sei. Der Gehilfe behauptete aber, daß, wenn ein Lohn von 90 % ausgemacht ist, trotzdem noch die 6 % Kriegszulage zu zahlen seien. Der Kriegsausschuk kam zu dem Ergebnis, dem Arbeiter sei der Abfehlschein zu geben; denn, wenn der Arbeitgeber die Kriegszulage in den Lohn einrechnen wolle, so hätte er dieses dem Arbeiter vorher sagen müssen. Da dieses aber nicht geschehen sei, wurde dem Gehilfen der Abfehlschein sofort ausgestellt.

Ähnlich lag es im zweiten Fall. Die Firma A. in Berlin hatte auf Drängen der dort beschäftigten Kollegen den bestehenden Lohn etwas verbessert. Dies wurde den Kollegen in der Form mitgeteilt, daß es von jetzt ab M 1 Stundenlohn gebe. Auch hier war ein Teil der Kollegen der Ansicht, daß außer der M 1 Lohn auch die 6 % Kriegszulage gezahlt werden müssten. Da sich aber die Firma weigerte, noch den Kriegsausschlag zu zahlen, so verlangten zwei Gehilfen den Abfehlschein. Als er ihnen verweigert wurde, wandten sie sich an den Kriegsausschuk. Auch in

diesem Falle stellte sich der Kriegsausschuk auf den Standpunkt, es hätte den Arbeitern gesagt werden müssen, daß in dem Lohn der Kriegsausschlag enthalten sei, und da die jedoch nicht geschehen ist, müsse der Abfehlschein ausgestellt werden. Auch in diesem Falle wurden die Abfehlscheine sofort vom Kriegsausschuk ausgefüllt.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Berlin. (V a c h s b e r i c h t) Zum dritten Mal während der Kriegsdauer erstattet die Filiale Berlin ihren Jahresbericht, und wie in den beiden vorhergehenden Jahren hat der Krieg auch im verschlossenen weiteren Ost und West gefordert. Zu den 2172 Kollegen, am Schluß des Jahres 1915 zum Militär einberufen waren, sind 1916 noch 828 hinzugekommen und noch immer weitere Einziehungen verursachten Bilder in unser Heimatland, die nicht erwartet werden konnten. Den bisher auf die Schlachtfelder gefallenen 77 Mitgliedern müssen wieder 48 hinzutragen. So viel in unsern Kräften standen wir versucht, die Not wenigstens etwas in die Familien zu lindern. Zu Weihnachten hat auch in diesen Jahren der Verband an die Frauen der zum Heere ziehenden eingezogenen Kollegen eine Unterstützung von je M 8 geahnt, dieelbe Unterstützung wurde den arbeitslosen Kollegen zuteil.

Mit der ungeheuren Teuerung war unser Gottlich regulierter Lohn durchaus nicht mehr in Einklang zu bringen. Schon 1915 hatten wir versucht, eine den Verhältnissen entsprechende Zulage von den Arbeitgebern zu erhalten. Leider ohne Erfolg. Erst beim Abschluß des Friedens im Frühjahr 1916 war es möglich, bei den Verhandlungen über die Teuerungszulage die Stunde zu bekommen, modus der Mindestlohn auf 81 ¾ die Stunde fest. Gepaßt, die eigenartigen Verhältnisse, die im Malerberufe in diesem Kriegszelt herrschten, zwangen uns dazu, die Vereinbarungen anzunehmen, wiewohl jedem Kollegen klar war, daß man mit diesem Lohn bei den ständigen Preissteigerungen aller notwendigen Lebensmittel nicht auskommen könnte. Wohl hat ein größerer Teil von Unternehmen, um Arbeitskräfte zu bekommen, 90, auch 95 geahnt, jedoch war auch dieser Lohn nicht ausreichend um damit den Lebensunterhalt beizutragen zu können. Dieses veranlaßte einen großen Teil von Kollegen, in andern Berufen Arbeit zu suchen. Die Kollegen, denen es möglich war, in der Kriegsindustrie Arbeit zu bekommen, konnten sich einen weit besseren Lohn eringen.

Am 30. März nahmen die bei Goerz in Friedenau beschäftigten Kollegen und Kolleginnen zu einer Lohnänderung Stellung. Als Forderung wurden 25 % Aufschlag verlangt. Nachdem der Arbeiterausschuk zusammen mit der Direktion verhandelt hatte, wurden die Kollegen 18 % p. zt. für die weiblichen Arbeiterin 8 p. zt. genehmigt.

Im April verhandelten sich die gesuchten Arbeitgeber Flugzeugindustrie, um zur Erhöhung des Lohnes Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, die Stundenlöhne der verschiedenen Gruppen festzusetzen und dieses der Direktion zu unterbreiten. Nach mehrfachen Verhandlungen wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die neuen Löhne vom 11. Mai gelten haben. Die dieser Bewegung waren 106 Kollegen beteiligt; ihr Stundenlohn einschließlich der Teuerungszulage wurde von 96 bis M 1,07 festgelegt.

Für die Kollegen in der Süchtemühle wurde im Juli eine wöchentliche Teuerungszulage von M 1 vereinbart. Es kamen 102 Kollegen in 25 Betrieben in Betracht. Bei späteren Verhandlungen im September wurde eine Lohnzulage zu erreichen, so daß der Lohn wöchentlich um M 10 bis 12 sich erhöhte.

Für die Kollegen (16) in der Eisenmühle wurde eine Lohnzulage von 10 % vom 1. September ab vereinbart.

Durch erneute Verhandlungen mit der Firma Goerz in Friedenau gelang es im August für die Lackierer eine weitere Zulage von 8 % p. zt. und für die Lackiererinnen 5 % p. zt. zu erreichen. Für die Kollegen (28) in der kleinen Elektrofertigung Huggenstorf wurde nach Verhandlungen mit der Direktion vom 28. Oktober ab der Stundenlohn auf M 1,85 festgelegt. Für die Maler und Lackierer in den Flugzeugwerken zu Johannisthal wurde ein Mindestlohn von 85 % und eine Kriegszulage von 30 % die Stunde vereinbart. Den Kollegen in der Fabrik Budwig wurde eine Lohnzulage von 8 ¾ die Stunde und eine Kriegszulage von 20 % p. zt. zugestellt.

Die Arbeitsvermittlung hat im Berichtsjahr weitestgehend aufgehört; eingeschrieben waren 8010 Personen (1915 9108); gemeldete Stellen 5695 (1915: 7514), davon bestanden 4030; auch bei den Lackierern übersteigt die Zahl der bei der Arbeitsvermittlung eingeschriebenen Stellen (595) die gemeldeten Stellen (449).

Dem Innungsgericht lagen 32 Streitfälle vor. In den meisten Fällen handelte es sich um geringe Differenzen. Filialverhandlungen haben im Laufe des Jahres vier getragen, zwölf Vorstands- und eine Betriebsversammlung wurden abgehalten. Das Schwergewicht der Organisationsarbeit wurde hauptsächlich in die Betriebs- und Werksratverhandlungen gelegt und ist hier die Tätigkeit der Filialverwaltung gut in Anspruch genommen worden. Der Jahresgeamtumsatz (einschließlich Kassenbestand) von M 102 709,84 stehen M 60 593,45 Ausgaben gegenüber, so daß der Kassenbestand der Filiale M 42 113,19 beträgt. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1915.

Wie aus dem Jahresbericht ersichtlich, hat die Filiale Berlin die bisherige Kriegszeit ziemlich gut überstanden und können wir wohl hoffen, daß es uns gelingen wird, sie auch jenseit zu erhalten. Alle Kollegen, die uns in dem Felde schreiben, sind darüber erfreut, daß die daheim gebliebenen Kollegen mit schweren Opfern den Verdienst aufrechterhalten; alle sprechen sie den fehlenden Krieg aus, daß es bald Frieden werden möge, damit sie bald in die Lage kommen, für den Verband wieder einzutreten zu können. Diesem Wunsche stimmen wir mit ganzem Herzen zu. Möge uns recht bald der Friede gegeben

den, damit wir vereint für die Organisation wieder gern können, um uns mit ihrer Hilfe bessere Lebensbedingungen schaffen zu können.

Kassel. (Fachbericht.) Erneut sind wir gejungen, über ein weiteres Kriegsjahr zu berichten. Der den Kollegen allgemein — an der Front und zu Hause — erhoffte Frieden ist leider nicht eingetreten, aber noch steht auf allen Kriegsschauplätzen der Käfig in voller Heftigkeit und über seine unheilvolle Wirkung auf das gefährliche Leben aus. Es war ein Jahr Kämpfung und Duldung, das wir durchzumachen hatten; große Anforderungen wurden an die Gesamtheit und einzelnen gestellt. Das unter solchen harten Kriegsschlüssen das gemeinschaftliche Leben nicht mehr voll zur Geltung kommen kann, ist begreiflich.

Unter den gegebenen Verhältnissen musste das Schwerpunkt der Tätigkeit in der Filiale darauf gelegt werden, Organisation in ihren Bestandteilen zusammenzuhalten. Dadurch, dass die Mitglieder so zerstreut in den schaffenden Umgebung von Kassel wohnen, ergeben sich naturgemäß sehr große Schwierigkeiten bei der Einrichtung der Beiträge. Doch im allgemeinen ist es gelungen, den Organisationsapparat in Bewegung zu halten, die zum Heeresdienst eingerufenen Mitglieder fanden erfreulicherweise immer wieder Kollegen, die die vorherigen Rücken ausfüllten.

Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder so weit als es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war betrieben, und war durch die Aufnahme von Mitgliedern nicht ganz ergebnislos. Jedoch hat dieserfang durch Neuaufnahmen den Übergang durch Einrufung und Abreise usw. nicht ganz ausgleichen können, ob wir wiederum einen weiteren Rückgang der Mitglieder zu befürchten haben.

Zum Heeresdienst wurden 80 Mitglieder einzogen; insgesamt seit Kriegsbeginn 407 Mitglieder sind 88 v. d. der am 1. August 1914 vorhandenen Mitglieder. Gefallen sind im Jahre 1916 weitere sechs Mitglieder, so dass die Filiale bis zum Jahresende 32 Kriegsgefangene beflagen hatte.

Im Durchschnitt haben 117 Mitglieder volle 52 Wochenarbeitszeit und 160 beitragsfreie Monate abgegeben. Die Arbeitslosigkeit war im allgemeinen sehr hoch; denn an Arbeitslose wurden nur 88 beitragsfreie Monate abgegeben und nur 68 Arbeitslosunterstützung gezahlt. Krankenunterstützung wurden M 1088,75 vergeben, Sterbegeld M 100 und an die Frauen der eingesetzten Mitglieder M 822. Der Hauptkasse konnten noch 875 zugeführt werden.

Die geschäftlichen Angelegenheiten der Filiale wurden der Hauptstelle nebenamtlich erledigt, da unser Filialleiter seit Oktober 1915 bis zu seiner Einberufung 17. Oktober 1916 hauptamtlich anderweitig beschäftigt

Seit seiner Einberufung erledigt ein anderer Kollege Filialverwaltung die notwendigen Arbeiten in den Abständen.

Die Steuerungszulage von z.B. die Stunde wurde in Maler- und Weißbindergeschäften allgemein durchgeführt. Auch die Kollegen, die als Lackierer in den Fabriken arbeiten, erhalten fast allgemein eine Steuerungszulage; jedoch sind die Lohnverhältnisse in diesen Betrieben, besonders aber bei Henkel & Sohn, noch recht ungünstig. Es wäre endlich an der Zeit, dass sich die Kollegen dieses Betriebes allgemein der Organisation annehmen und gemeinsam auf Verbesserung der Lohnzulagen würden. Im Betrieb Erede & Co., Waggon- und Niederwehren, gingen die gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsam zur Erlangung einer Steuerungszulage

Die Firma gewährt nach längerem Verhandeln eine penitentiäre Zulage von M 240. Diese Zulage ist natürlich in die weitere Steuerung längst überholt, und wenn sich Firma nicht entschließt, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen, so wird die Arbeiterschaft abermals eine weitere Steuerungszulage verlangen müssen.

Mit den eingerufenen Mitgliedern hielten wir soweit möglich Fühlung und sandten ihnen den "Vereinsblätter" zu. Recht viele Kollegen haben durch ihre Mitteilungen aus dem Felde befindet, dass sie mit großem Interesse das Organisationsleben in der Heimat verfolgen, ebenfalls die Stunde herbeiwünschen, wo sie wiederum Anteil an den Arbeiten der Organisation nehmen könnten.

Die Richtlinien der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten wurden gemeinsam in einer Sitzung mit den Arbeitern besprochen und vereinbart, in deren Sinne zu handeln. Bis jetzt kamen von unserem Beruf nur einige Kollegen als kriegsbeschädigt in Betracht, die jedoch meist eine andere Beschäftigung annahmen.

Wir schließen unser Jahresrückblick mit dem Wunsche, dass unsere Friedensfassung im Jahre 1917 nicht vergleichbar mögliche und wir recht bald den Wiederaufbau der Organisation mit allen Kräften betreiben können.

Baugewerbliches.

Die Beschäftigung im Baugewerbe im Februar 17. Nach den dem Kaiserlichen Statistischen Amt einladenden Berichten ist im allgemeinen die Lage die gleiche im Januar. Aus einzelnen Gebieten West- und Mitteldeutschlands wird die Beschäftigung als beständig geblieben.

Die Zeitschrift "Baumaterialien-Markt", Leipzig, berichtet: Im Februar zeigte die Lage des Baumarktes gegenüber derjenigen des vorhergehenden Monats keine Änderung. Die Bauten für die Militärbehörde und für bestimmte Betriebe wurden, soweit es der hartnäckige Frost ließ, weiterhin gefördert. Im Berichtsmonat wurde auch wieder eine Anzahl neuer Pläne für die Errichtung von Kriegsgebäuden und Kleinbaubauten bekannt, wie und mehr um sich greift. Derartige Pläne wurden gezeichnet aus Dresden, Frankfurt a. M., Leuna bei Merseburg, Ludwigsfelde a. Rh., Lugau (Sachsen), Schweidnitz

(Schlesien), Billingen (Württemberg). — Im Wiederaufbaugebiet Ostpreußens mußte die Bautätigkeit in der Berichtszeit infolge des anhaltenden strengen Frosts nahezu vollständig ruhen. Es wurde jedoch vielfach am Innenausbau der im Rohbau bereits fertiggestellten Gebäude gearbeitet. Auch bestimmte andere Bauten waren im Gange. Die Aussichten für die Wiederaufbautätigkeit im Jahre 1917 werden sehr befriedigend beurteilt.

Laut Bericht der "Tonindustrie-Zeitung", Berlin, mußte durch den auch in der ersten Hälfte des Februar anhaltenden strengen Frost die Bautätigkeit auf die allernotwendigsten Arbeiten beschränkt werden, und so bot sich fast das gleiche Bild wie im Januar. Auch die öffentliche Bautätigkeit war nur schwach. Bei Eintritt milderer Witterung äußerten außer den Bauten der Heeresverwaltung die für Kriegszwecke arbeitenden Industrien, die neue Fabrikgebäude, Erweiterungs- und Umbauten ihrer Werke und auch Arbeitserwohnhäuser errichten ließen, für die am Baumarkt Beteiligten eingesetzte Befestigung und man erwartet für die nächste Zeit des günstigen Bauwetters eine Steigerung der Bautätigkeit. — Wie verlautet, beschäftigt man sich vielfach, zum Beispiel im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sowie in Ostpreußen, mit der Förderung des Kleinwohnungsbaus und der Schaffung von Arbeitserheimsläden.

Nach der "Ostdeutschen Bauzeitung" konnten im Januar bis Mitte März in Westpreußen anfangs infolge verhältnismäßig günstiger Witterung Bauarbeiten in größerem Umfang ausgeführt werden, während im Februar durch

Die regelmäßige Einkassierung der Beiträge

Ist eine Notwendigkeit, der sich keine Filiale oder Zahlstelle verschließen sollte. Durch die regelmäßige Einkassierung der Beiträge wird das Auftreten von Beitragsrückständen verhindert oder doch bedeutend eingeschränkt. Beitragsrückstände erzeugen Gleichgültigkeit, Wankelmutter, Verdrossenheit — Gefühle, die der Organisation durchaus nicht ähnlich sind. Wer sein Mitgliedsbuch in Ordnung hat, wird auch in allen anderen Angelegenheiten die Organisation förmlicher bei der Kollegen Gelegenheit, die Beiträge plakativ zahlen zu können.

Das Einsetzen überaus strengen Frostwetters eine vollständige Unterbrechung eintrat. Demnach war eine bemerkenswerte Belebung eingetreten. In der Provinz Posen lag die Bautätigkeit im Februar infolge des teilweise überaus strengen Frostes stark daneben. In der Provinz Pommern war die Beschäftigung im Februar eine sehr beschränkte. Die Kleinstadtbewegung in Pommern ist ausdrücklich in gewisser Hinsicht ins Gedächtnis geraten. Es scheint möchte sich im ersten Vierteljahr 1917 eine verhältnismäßig nicht ungünstige Bautätigkeit bemerkbar.

Drei Arbeiterverbände des Baugewerbes meldeten unter 88 988 berichtigenden Mitgliedern im Berichtsmonat 25 v. d. Arbeitslose gegen 88 im Vorjahr und 88 v. d. im gleichen Monat des Vorjahrs.

Gewerkschaftliches.

Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Buchbindergewerbe. Wie die "Buchbinderei-Zeitung" in Nr. 14 bekannt ist, ist für das Buchbindergewerbe eine Arbeitsgemeinschaft zu konzentrieren. Mit Recht hebt sie aber hervor, dass die Arbeitsgemeinschaft nur dann richtig wirksam werden kann, wenn die Kollegen und Kolleginnen dafür sorgen, dass es besonders den feldgrauen kriegsbeschädigten Kollegen ermöglicht wird, ihre verminderte Arbeitskraft in möglichst guter Weise zu vertreten. Je mehr alle Angehörigen des Berufes in den Stand gesetzt werden, möglichst vollständig ihre Arbeitskraft auszunützen, je weniger ist zu befürchten, dass sie als Lohnräuber von gewissenlosen Unternehmern ausgebeutet werden und sie den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eröffnen können. Besonders wird auf den Punkt 7 der Arbeitsgemeinschaft hingewiesen, der bewirken soll, dass das Gewerbe bei dem Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft und bei dem Abschluss von Handelsverträgen die berechtigte Vertragsförderung durch Hinzuziehung von Sachverständigen aus den Arbeiterschaftsverbänden findet. Nichts wäre verfehlter, als wenn die Arbeiter solchen Interessenkämpfen als stumme Zuschauer gleichgültig gegenüberstehen wollten, weil dann diese Kämpfe zu ihrem Nachteil auf ihrem Rücken ausgetragen würden.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

fand in den Tagen vom 20. bis 22. März in Berlin statt. Der gedruckt vorliegende **Geschäfts- und Kassenbericht** der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Leyden, Bauer, Schröder und Schmidt ergänzt. Leyden berichtete über die Gewerkschaftseinigungen zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegernährungsamt, Kriegsamt und dem preußischen Staatskommissar für Ernährungswesen, über die Eingabe, betreffend Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenwirken mit der Gesellschaft für soziale Reform bei Vorbereitungswerken für eine geistige Neuordnung des Staatsrechts, über die Streitstatistik für 1915 und über die seitens der Generalkommission gewährten Teuerungszulagen für ihre Angestellten. Bauers Bericht erläuterte sich auf alle neuere Arbeiten für die Ausführung des Hilfsdienstes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit zäher Energie vertreten werden mussten,

sowie auf die belgische Arbeitsfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Aussichten der Ernährungsverhältnisse, während Bauer den Arbeiterverein eingehend erläuterte und davon aufmerksam die Regelung der Beiträge an die Generalkommission berührte.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsamt, Schröder, eine Darstellung über sein Wirken in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Es sei manchmal recht schwierig, mit den vielen Mressorts im Kriegsamt über einzelne Fragen ins reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Erzielte vor den Aufsichtsbeamten anderer Regierungsstellen zu bewahren, da das Kriegsamt nur in den wenigen Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen könne.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erfasste sich auf die Ernährungsfrage und das Aufstellen des preußischen Landwirtschaftsministers, das allezeit entschieden Zurückweisung fand, auf die Frauenerwerbsarbeit und Anstellung von Fabrikslegerinnen, die sowohl Verteidiger als auch idarische Gegner sind, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstes seither gemachten Erfahrungen und auf das Zusammenspiel der Generalkommission mit sozialpolitischen und Fürsorgedienstorganisationen sowie den Gewerbe der Mitgliedschaft in solchen Organisationen seitens der Gewerkschaften.

Zur **Genehmigung** wurde der von uns schon in der vorherigen Nummer veröffentlichte Beschluss gefasst.

Auf Anfrage wurde festgestellt, dass die Gewerkschaftsangehörigen und Arbeiterselbstredet der Meldepflicht für den materiellwirtschaftlichen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Feststellungsaufläufen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der **Übergangsirtschaft** wurden der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgearbeitet und mit einigen Ergänzungen auch von den übrigen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen durch eine eingehende schriftliche Begründung ergänzt und dem Reichstag für Handel und Gewerbe eingerichtet werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Memorandum. Er wies einleitend darauf hin, dass die Gewerkschaftsvorstände sich schon seit dem Februar 1915 mit den Fragen der Übergangsirtschaft befasst haben, die Aufstellung der vorliegenden Forderungen geschah im Auftrag der Konferenz vom November 1916. Ihre Erlebigung drängt infolge der neuerdings im Ausschuss für Handel und Gewerbe begonnenen Behandlung der Arbeiterfragen für den Bereich der Übergangsirtschaft. Die Forderungen teilen sich in solche allgemein wirtschaftlicher und organisatorischer Natur (Arbeitervertretung im Rat des Reichskommissariats, Regelung der Gewerbe und Ausfuhr, Verfügung über den Schiffsbau, Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, Hebung der Gewerbstätigkeit, Errichtung von Wirtschaftsämtern und Räumen über die Syndikate), weiter in solche, die die Lebensmittelversorgung betreffen, dann bezüglich der Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Forderungen hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, besondere Hilfeleistung für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige und schließlich Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft. Da die Forderungen in Wölde bekanntgegeben werden, so mögen einige Darlegungen über ihre Stellungnahme zu der eigentlichen Demobilisation des Heeres genügen. Von einflussreichen Seiten ist verschiedentlich verlangt worden, die Entlassung der Kriegsteilnehmer den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Der Meister fordert widersprüchlich diesen Wunschen. Kein Heeresangehöriger würde es billigen, auch nur einen einzigen Tag länger, als militärische Bedürfnisse dies erfordern, im Heeresdienste zu rückgehalten und von Heimat und Familie getrennt zu werden. Gewiss können Millionenheere nicht binnen wenigen Tagen aufgelöst werden. Auch sei auf das Wirtschaftsleben insofern Rücksicht zu nehmen, dass die Wiederaufnahme der Betriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte möglichst frühzeitig zu entlassen seien. Im übrigen müsse über jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel dürfte kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienste zu behalten. Wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden könnte, dem müsse die Arbeitslosenunterstützung zuteil werden. Das letztere gelte auch für die entlassenen Hilfsdienstpflichtigen und die übrigen infolge der Übergangsirtschaft beschäftigungslos werdenden Arbeiter und Angestellten. Im weiteren sollen die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen in geeigneter Form in die Übergangsirtschaft übernommen und geistige Arbeiterversetzung (Kammertag) geschaffen werden.

Die vorgelegten Forderungen wurden im einzelnen erörtert und einige redaktionelle Änderungen und Ergänzungen beschlossen, wonach die ganze Vorlage einstimmig zur Annahme gelangte.

Hinsichtlich der **Organisation der Kriegsteilnehmer**, mit der sich bereits eine Vorstandskonferenz im November 1916 befasst hatte, blieb ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung in der Rücksicht. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar so lange, bis wirklich ernsthafte Organisationbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellung notwendig machen. Doch soll den besonders von Essien ausgehenden Ver suchen, die Kriegsbeschädigten zu vereinigen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengesetzt werden.

Da im Jahr 1917 nach dem Regulativ der Generalkommission ein Gewerkschaftsamt einzubilden wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung, darüber der Konferenz der Vorstände. Dieselbe war in ihrer großen Mehrheit für die Vertragung des Komplexes bis nach dem Kriege. Es wurden für diesen Zeitraum die gleichen Gründe geltend gemacht, die für eine Vertragung der Verbandsabteile maßgebend waren.

An letzter Stelle wurden einige geschäftliche Fragen erledigt. Der Beitritt zur Gesellschaft für Belämpfung

der Geschlechterarbeiter wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung besserer Theaterkultur soll noch aufzudecken werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsbauausschuss wurde entgegengenommen.

Arbeiterversicherung.

Die Kriegshilfe der Krankenkassen. Die steigenden Schwierigkeiten der Kriegsverhältnisse nötigen die Krankenkassen, vorzigeist ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Kassen in ihren Leistungen und ihrer Verwaltung den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Das Notgesetz, betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 14. August 1914, das die Leistungen der Kassen auf das gesetzliche Mindestmaß herab und die Kassenbeiträge allgemein auf $1\frac{1}{2}$ % v. S. des Arbeitsverdienstes hinaufsetzt, hat bewirkt, daß sich manche Kassen in ihren Geldverhältnissen sehr gut entwideln. Fast alle Kassen haben daher die Leistungen, die sie vor Kriegsausbruch besaßen, freiwillig wieder eingeführt. Viele sind auch darüber hinausgegangen und gewähren, auch wenn das chemische zur Kriegsteilnahme eingesetzte Kassenmitglied die Versicherung nicht freiwillig fortsetzt, für dieses Familienhilfe, Sterbegelder usw.

In neuerer Zeit suchen die Kassen den Einwirkungen der Ernährungsschwierigkeiten auf die Kranken nach Kräften zu begegnen. Teils geschah dies durch Erhöhung der Leistungen, teils durch Gewährung von Krankenloft oder weitergehende Gewährung anderer Erleichterungen. So gewährt zum Beispiel die Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig jedem erwerbsfähigen Kranken und jeder Wohlerin, gleichviel in welcher Lohnklasse sie sich befindet, eine wöchentliche Zulage von M. 2; die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle eine solche von 25 S. für jeden Tag. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Königberg führte einen prozentualen Zuschuß zum Krankengeld ein usw.

Die Ernährungsschwierigkeiten können die Krankenkassen auf zwei Wegen bekämpfen: Durch Gewährung von Stärkungsmitteln, die aber immer den Charakter von Heilmitteln haben müssen, und durch Bereitstellung von Krankenloft. Zu den Stärkungsmitteln gehört vor allem die Lieferung von Milch und künstlichen Heilmitteln, wie Malztropfen und ähnlichen Dingen. Die Ärzte haben hier in der Verordnung einen sehr großen Spielraum. Die Gewährung von Krankenloft ist eine Mehrleistung und zeigt eine entsprechende Bestimmung der Kassenrichtung vorans. So gewährt zum Beispiel die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin an blutarme und bleichsüchtige Kranken, soweit der Kassenarzt es für notwendig hält, Mittagessen aus den städtischen Speiseanstalten. Andere Kassen, wie Dortmund und usw., sind dem Vorgehen nicht gefolgt. Sowohl für die Gewährung von Nährmitteln als auch der Krankenloft dürfen Abzüge am Krankengeld nicht gemacht werden.

Der Hauptverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich richtet soeben ein Rundschreiben an die ihm angehörenden Kassen, in dem er besonders zur Gewährung von Nährmitteln und Krankengeld auffordert. Alles, was zum Siege dienen könnte, müsse jetzt geopfert werden. Deshalb sollten die Kassenstände ernst prüfen, wie und wo sie helfen können. Dabei seien allerdings die Kassen auf die Hilfe der Gemeindebehörden angewiesen. Diese wären zu erachten, die angefestigten reichlicheren Stationen für Kranke, soweit sie Kassenmitglieder sind, durch Vermittlung der Krankenkassen zuweisen. (Durch Beschaffung der ärztlichen Zeugnisse usw.) Die Gemeinden müßten durch ausgiebige Einrichtung der Kriegsküchen (Kesselspeisung) den Kassen die Möglichkeit geben, ihren kranken Mitgliedern auch sonst Nahrungsmittel zuzuführen. Die öffentlichen Krankenhäuser sollten auch an kranke Kassenmitglieder auf Rechnung der Kassen besondere diätetische Nahrung abgeben können. Die soziale Fürsorge müsse geübt werden, so steht der Hauptverband hinzu; auch wenn keine Anklagen zu ergreifen sind.

Diese Anforderungen sind selbstverständlich nach Kräften zu unterstützen. Da wenigstens manche Kassenverwaltungen in dem Punkte etwas schwerhörig sind, so ist es an empfehlenswert, daß auch die Kassenmitglieder selbst mit entsprechenden Anträgen an die Kassen herantreten. Auch hier trifft an, daß nur vielleitiges Verlangen zum Ziele führt.

Sozialpolitisches.

Ein Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter soll in den Österreich zu Ehren für das Deutsche Reich begründet werden. Gegen diesen Plan erhoben die österreichischen Arbeiter- und Angestelltenverbände in einer gemeinsamen Kundgebung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, des Gesamtvorstandes der christlichen Gewerkschaften, des Verbands der deutschen Gewerkschaften, der Polnischen Berufsvereinigung, der Arbeitsgemeinschaft für sozialistisches Arbeitserrecht und der Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände Einspruch. Es wird daran darauf hingewiesen, daß die Kriegsbeschädigungsfürsorge bereits im Reiche einheitlich organisiert ist und daran alle wirtschaftlichen Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig sind. Auch sind bereits gemeinsame Einrichtungen getroffen worden, die auf den Gebieten der Berufsbildung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen und den befristeten Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Die Kriegsbeschädigten dienen daher ihrer Sothe am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Bürde und Rechte erhalten.

Durch Einigkeit erreicht man viel,
Durch Zwiespalt kommt man nie ans Ziel!

Gesellschaftliches.

Kriegsleistungen einer Produktionsgenossenschaft. Die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörende Korbmachervereinigung Schlesien hatte im Jahre 1916 einen Umsatz von M. 1 181 279, wovon leider M. 250 000 Minenlohraufträge waren, die erst an Zwischenhändler geliefert werden mußten, um die Arbeiter beschäftigen zu können, bei denen aber fast jeder Verdienst ausgeschlossen war. Noch schlechter war das Ergebnis bei den Rohrwerken; hier wurde erheblich angelegt, da das Rohr unerhört im Kreise stieg und leider von der Behörde keine Radierung zu erlangen war, obwohl der Verlust klar nachgewiesen werden konnte. Nach der Jahresabrechnung wurde ein Überschuss von M. 148 928,89 ergibt, der wie folgt verteilt wurde: M. 20 000 Reservesfonds, M. 40 000 Baufonds zur Errichtung von Werkstätten, M. 40 000 Steuerrererve, M. 20 000 Unterhaltungsfonds für ein Bad, in dem die Arbeiter des Betriebes und die Schulklasse des Ortes freie Badegelassenheit erhalten sollen, sowie M. 20 000 Pensionsfonds. Die Arbeiter und Angestellten sollen aus diesem Fonds bei eintretender Invalidität je nach Dienstzeit prozentual Zuschüsse zu den staatlichen Unterstützungen erhalten. Die Korbmachervereinigung ist bemüht, weiter wohltätig zu wirken; sie verzinst das Anteilskapital vertraglich nur zu $1\frac{1}{2}$ %. Obwohl alle sozialen Versicherungen der Arbeiter von der Firma bezahlt werden, übersteigt meistens der den Arbeitern gewährte Lohn den Tarif; außerdem wurde beschlossen, höchstens noch weitere Lohnzulagen zu bewilligen.

Vom Ausland.

Unser österreichischer Bruderverband richtet an die Kollegen Wiens einen Aufruf, in den einzelnen Werkstätten Lohn erhöhungen zu fordern. Schon im Vorjahr sahen sich unsere Kollegen veranlaßt, auf diesem Wege vorzugehen, nachdem der Unternehmerverband die Vertragserneuerung und damit eine gemeinsame Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgelehnt hatte. Durch das seltene Zusammentreffen und geschlossene Vorgehen der Mitglieder gelang es auch, in den meisten Werkstätten die Löhne um 20 bis 30 % zu erhöhen. Aber die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich durch die ständigen Preisseiterungen aller Bedarfsgüter seitdem noch weiter verschlechtert. Seit August 1914 haben sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel um durchschnittlich 100 % in Wien erhöht. Was will dagegen die erzielte geringe Lohn erhöhung bedeuten. Eine weitere Lohn erhöhung ist daher eine Frage der Erhaltung der Gesundheit und des Lebens im erniedrigsten Sinne des Wortes. Wohl wissen wir, heißt es in dem Aufruf, daß es nicht möglich ist, die Löhne derart zu erhöhen, daß ein Ausgleich gegenüber der ganz ungeheuer verteuerten Lebenshaltung geschaffen werden kann; aber vor dem gänzlichen Verfall der Kräfte müssen auch unsere Kollegen samt ihren Familien bewahrt werden. In andern Berufen war es möglich, durch Vereinbarungen mit der Unternehmerorganisation die Einkommensverhältnisse der Arbeiter mehrmals zu verbessern. Die Organisation unserer Unternehmer hat jede Verständigung abgelehnt und überläßt es der Gewerkschaft, sich mit dem einzelnen Unternehmer zusammenzusezen. Dazu sind wir nur durch die Verhältnisse neuerdings gezwungen. Unsere Organisation hat daher beschlossen, mit Beginn der Saison mit einer Aktion von Werkstätte zu Werkstätte einzusezen, die eine weitere Erhöhung der Löhne zum Ziele hat. Bei allen andern Branchen, vor allem auch bei den übrigen Branche jenseits wir, daß die Stundenlöhne die Höhe von 1 Krone bereits überschritten haben, deshalb müssen auch wir trachten, die Löhne über 1 Krone die Stunde hinzu zu bringen. Dazu genügt aber der Wille der Organisation allein nicht, dazu sind der Zusammenhalt und die Unterstützung aller Kollegen notwendig. Daraum, Kollegen, fordern wir Euch auf: Schließt Euch enger zusammen, werbt Mitglieder für Eure Organisation; denn nur mit vereinten Kräften können wir dieses Ziel erreichen. Seid daher am Platz, wenn Euch die Organisation ruft!

Verschiedenes.

Wie viele Männer werden vom Kriege betroffen? Es dürfte interessant erscheinen, einmal eine vergleichende Übersicht der wirtschaftlichen Stärke der Männer zwischen 20 und 50 Jahren zu geben, wie sie kürzlich vom Internationalen Statistischen Bureau im Haag zusammengestellt worden ist.

	Ränner von 20 bis 50 Jahren	In Prozenten der ganzen männlichen Bevölkerung
Deutschland	13 167 073	41,1
Österreich	5 465 211	39,0
Ungarn	5 871 808	37,4
Bosnien und Herzegowina (vom 21. bis 25. Jahre)	360 965	36,5
Bulgarien	713 419	34,7
Frankreich	8 389 717	43,6
England und Wales	7 596 917	43,5
Schottland	959 961	41,6
Irland	879 438	40,1
Belgien	1 579 297	42,9
Italien	5 207 008	36,5
Portugal	1 037 106	36,6
Australien	18 996 334	37,7
Rumänien	1 162 013	38,0
Serbien	460 012	35,9

Über die Tabelle gibt es keine amtlichen Angaben. Nach dem Progentafel anderer Länder wurden etwa 2 500 000 österreichische Untertanen im Alter von 20 bis 50 Jahren geboren. Die Angaben der anderen Länder sind den offiziellen Volkszählungen von 1910 beziehungsweise 1911 entliehen, aufgenommen Russland, Rumänien und Serbien, deren Bevölkerungen um weitere zehn Jahre zurückliegen. Man nimmt in einen jährlichen Zuwachs von 1 % an, was ein Durchschnitt der Ziffern entspricht, dann beträgt die Anzahl der produktiven Männer im Alter zwischen 20 und 50 Jahren und Serbien 1910 insgesamt 22 610 000.

Für alle Länder zusammen (außer der Türkei) wird das 71 800 000 männliche Vaterland angegeben, die sich bestmöglich geschätzt, im Zeitraum von sechs Jahren, bis Ende 1916, um 5 000 000 bis 6 000 000 vermehrt haben dürften. So kann man mit großer Wahrscheinlichkeit einen Bevölkerungsstand von 75 000 000 Männern feststellen, die unmittelbar vom Kriege betroffen und in irgendwelcher Form für die Dienststunden ihres Vaterlandes verpflichtet sind.

Abrechnung vom vierten Quartal 1916.

Einnahme

A. der Filialen:	
Beiträge	M. 85 480,-
Eintrittsgelder	869,-
Duplicata	7,-
Extramarke	154,-
Sonstige Einnahmen	91,4
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	9 817,-
Von den Kollegen in Neumarkt	9 407,-
Sonstiges	6,-
Mehrausgabe	82 788,-
Summa	M. 180 427,4

Ausgabe

A. der Filialen:	
Arbeitslosenunterstützung	M. 1 609,-
Krankenunterstützung	20 208,-
Sterbeunterstützung	4 620,-
Gemahrgeldunterstützung	160,-
Familienunterstützung	50 208,-
Frauen der eingezogenen Filialangestellten	4 889,-
Besonderer Zuschuß an die Filialen	4 218,-
Versicherungsbeträge der Filialangestellten	589,-
Teuerungszulage der Filialangestellten	1 728,-
In den Filialen verbliebene Beiträge, Extramarke und Eintrittsgelder	17 886,-
Sonstige Ausgaben	6,-
B. der Hauptkasse:	
Agitation und Reisen des Vorstandes	160,-
Vertragsförderung	217,-
Konferenzen	1 240,-
Vereins-Anzeiger	6 184,-
Drucksachen	16,-
Bibliothek	108,-
Personliche Verwaltungskosten	6 949,-
Öffentliche Verwaltungskosten	1 789,-
Kriegsversicherung bei der Volksfürsorge	80,-
Ausgabe der Agitationskommissionen	7 711,-
Sonstiges	15,-
Summa	M. 180 427,4

Hamburg, den 4. April 1917.

Revidiert und für richtig befunden:
Otto Streine, Vorsitzender. J. Heimrich, Sekretär.
W. Voesch, Verb. Kindner, Revisor.

Literarisches.

Handbuch für die Vereinsvorstände und Mitglieder des deutschen Werkmeister-Verbandes für das Jahr 1917. (Kriegsausgabe.) 26. Jahrgang. Verlag der Werkmeisterbuchhandlung (Deutsche Werkmeister-Sparbank U.G.) in Düsseldorf.

„Die Glorie“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Marxus. (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H. Berlin SW 68.) Das eben erschienene Heft 58 enthält unter anderem folgende Artikel: Willi Kols: Arbeiter- oder Volkspartei? Walther Sklarz: England nach dem Kriege. Curt Wigging: Der Kampf gegen die Tuberkulose. Karl Korn: Vierzig zum Expressionismus. Karl Bröger: Die Glodenfanten. Ab 1. April: Einzelhefte 20,-, vierzehnjährig M. 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Le Traducteur, The Translator, II Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Wir empfehlen allen Interessenten, sich von der Reichthaligkeit und Gediegenheit dieser Blätter selbst zu überzeugen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch sind durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz) kostengünstig erhältlich.

Vereinstell.

Bericht der Hauptkasse vom 1. bis 5. April.
Eingebracht haben: Kiel M. 600, Claudien 28,64, Blaues 14,70, Kaiserstuhtern 60, Dresden 19,92.

Die Woche vom 15. bis 21. April ist die 16. Beitragswoche.
H. Wenster, Kassierer.

Der heutige Ausgabe liegt die Nummer 13 des Correspontenzblattes bei.